

Thema des Monats

Jahresbilanz Bauhauptgewerbe 2009

(brb).-Die deutsche Bauwirtschaft hat das erste Jahr der Wirtschaftskrise mit einem „blauen Auge“ überstanden: Die Konjunkturpakete haben zwar den Einbruch im Wirtschaftsbau nicht auffangen, aber doch mildern können. Wie die Deutsche Bauindustrie in der neusten Ausgabe ihres Aktuellen Zahlenbildes mitteilt, ist der Umsatz im Bauhauptgewerbe 2009 – wie vom Verband prognostiziert – um nominal 4 Prozent zurückgegangen. Für die Unternehmen sei dies zwar schmerzlich; die Bauwirtschaft habe damit aber besser abgeschnitten als die meisten anderen Branchen des Produzierenden Gewerbes. Als „Hoffnungsschimmer“ wertet die Deutsche Bauindustrie, dass sich die Baunachfrage gegen Jahresende stabilisiert hat: Die Auftragseingänge sind im vierten Quartal 2009 um nominal 1,9 Prozent gestiegen (Dez: 5,8 Prozent). Die Deutsche Bauindustrie erwartet deshalb, dass sich der Umsatzrückgang 2010 auf nominal 1,5 Prozent verlangsamt.

Der Öffentliche Bau war 2009 die wichtigste Stütze der Baukonjunktur: Die Betriebe meldeten ein Umsatzplus

von nominal 3,4 Prozent, die Auftragseingänge sind um nominal 3,6 Prozent gestiegen.

Insbesondere der Bund hat seine Investitionen kräftig aufgestockt: Seine Bauausgaben sind im vergangenen Jahr um 18 Prozent gestiegen. Demgegenüber setzen die Kommunen die Mittel des Zukunftsinvestitionsprogramms zwar um, fahren jedoch gleichzeitig ihre eigenen Bauprogramme drastisch zurück. Für die Deutsche Bauindustrie ist es deshalb enttäuschend, dass der Deutsche Städte- tag für 2009 nur von einem leichten Anstieg der kommunalen Bauausgaben von 1,9 Prozent ausgeht.

Der Wirtschaftsbau hat 2009 unter der gesamtwirtschaftlichen Rezession gelitten: Der baugewerbliche Umsatz ist um 9 Prozent zurückgegangen, die Auftragseingänge sind sogar um nominal 15,2 Prozent eingebrochen. Das Tempo des Rückgangs hat sich zum Jahresende verlangsamt: Der Ordereingang ist im Dezember „nur“ noch um 5,7 Prozent gesunken.

Fortsetzung Seite 2

Bauindustrie warnt: Länder und Kommunen müssen in der konjunkturpolitischen Verantwortung bleiben

Der Bund darf der Forderung der Länder nach Aufweichung des Zusätzlichkeitskriteriums für Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz nicht nachgeben. Diese Auffassung vertritt die Deutsche Bauindustrie.

Bei allem Verständnis für die Finanznöte der Kommunen – Länder und Kommunen dürften sich in der Wirtschaftskrise dennoch nicht ihrer konjunkturpolitischen Verantwortung entziehen.

Die Konjunkturprogramme reichen nach Ansicht der Deutschen Bauindustrie ohnehin nicht aus, um die Umsatzeinbußen im Wirtschaftsbau auszugleichen. Das Bauhauptgewerbe habe trotz der Programme 2009 einen Umsatzrückgang von nominal 4 Prozent hinnehmen müssen, für 2010 sei ein Umsatzminus von 1,5 Prozent zu erwarten. Wenn sich Länder und Kommunen aus ihrer konjunkturpolitischen Mitverantwortung zurückzögen, sei zu befürchten, dass der Umsatzeinbruch 2010 noch höher ausfallen werde.

1 Thema des Monats:

Jahresbilanz Bauhauptgewerbe 2009

Bauindustrie warnt:

**Länder und Kommunen müssen in der
konjunkturpolitischen Verantwortung
bleiben**

2 Kommentar:

Achtung Stau

Neuer „Aufschlag“ für PPP-Modelle
Interview mit Jörg Bode,
Wirtschaftsminister

3 Forum Nord:

Fortsetzung

Neuer „Aufschlag“ für PPP-Modelle
Interview mit Jörg Bode,
Wirtschaftsminister

4 Trends und Märkte:

Baukonjunkturdaten
Niedersachsen/Bremen

Kommunal финанzen 2009 und 2010

[Impressum](#)



Nachrichten und Kommentar:

Achtung Stau

(brb).-Die weithin sichtbaren, meterhohen weißen Kreuze am Rande der Autobahn haben wohl kaum etwas bewirkt. Nichts genutzt haben offenbar Überholverbote und Geschwindigkeitsbeschränkung. Und abgeschreckt haben anscheinend auch nicht die auf den Brücken angebrachten Warntafeln, welche mehrsprachig zur Vorsicht mahnen und für das Überleben werben. Die A 2, diese wichtige Verkehrsverbindung zwischen Ost und West, ist einfach die vermutlich am stärksten belastete, wegen der bisweilen stündlichen Staumeldungen mit all ihren Abfahrten bekannteste und in einer Gesamtrechnung sicherlich teuerste Autobahn im Norden Deutschlands.

Wer die A 2 zu benutzen hat, um Güter just in time von da nach dort zu transportieren oder pünktlich zu einem Termin mit Geschäftsfreunden zu gelangen, der kennt die Risiken. Über diese Autobahn quälen sich täglich viele zehntausend Lastzüge und Personenwagen. Jeder Stau verlängert die meist aus ungueter Erfahrung bereits großzügig kalkulierte Fahrtdauer, nicht selten um Stunden. Unfallschäden und Wartezeiten im Stau kosten Unternehmen, Versicherungen und Privatleute Unsummen. Gar nicht davon zu reden, dass die Abgase der bei Tempo Null im Leerlauf tuckern den Motoren Gift für die Umwelt sind.

Jedermann weiß, das Verkehrsaufkommen wird weiter wachsen, um fünf, um zehn Prozent und mehr. Nicht wenige fragen sich, wie die bereits jetzt überfüllte A 2 das in drei oder in sieben Jahren eigentlich verkraften soll. Doch um die einzig richtige Antwort drücken sich nahezu alle herum. Weil die bisherigen halbherzigen Maßnahmen das Problem nicht gelöst haben, und weil die Verlagerung der Gütertransporte von der Straße auf die Schiene sich als eine verkehrspolitische Utopie herausgestellt hat, bleibt als Alternative nur der weitere Ausbau auf vier Spuren. Diese Kapazitätserweiterung ist nicht von heute auf übermorgen zu schaffen. Je früher aber die erforderlichen Entscheidungen vorbereitet und getroffen werden, desto größer ist die Chance, dass diese Autobahn in absehbarer Zeit den Anforderungen wieder genügen wird.

Die A 2 ist nun mal die bedeutsamste Verkehrsachse zwischen Mittelost- und Westeuropa. Wenn sie ihre Funktion irgendwann nicht mehr erfüllen sollte, dann wäre der Schaden möglicherweise irreparabel. Jedenfalls käme das teurer zu stehen als rechtzeitig Geld in den verkehrsgerechten Ausbau dieser Autobahn zu stecken.

Fortsetzung von Seite 1

Eine konjunkturelle Trendwende ist aber noch nicht in Sicht: Laut Februarumfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages haben sich die Investitionsplanungen der Industrie für dieses Jahr zwar leicht erholt, der Investitionssaldo ist aber weiterhin negativ.

Dagegen hat sich der Wohnungsbau 2009 robuster entwickelt als erwartet: Der Umsatz lag zwar um 4,8 Prozent unter dem Vorjahresergebnis, dafür weisen aber die Auftragseingänge seit dem zweiten Quartal 2009 einen Anstieg auf. Hinzu kommt, dass die Zahl der genehmigten Wohnungen im zweiten Halbjahr von Mo-

nat zu Monat gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen ist – in den Monaten Oktober und November um fast 16 Prozent.

Trotz des Umsatzrückgangs in der Branche haben die Bauunternehmen ihre Belegschaft 2009 nahezu konstant gehalten: Die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe ist im Jahresdurchschnitt lediglich um 0,1 Prozent auf 705,000 Personen zurückgegangen. Die Unternehmen haben aus den Erfahrungen der Jahre 2006 bis 2008 gelernt, als Personalengpässe den Bauaufschwung behindert hatten.

Neuer „Aufschlag“ für PPP-Modelle

(brb).-Im Gespräch mit Jörg Bode, Wirtschaftsminister

Baurundblick: Durch die Konjunkturprogramme sind viele PPP-Projekte in den Kommunen nicht weiterverfolgt worden, da die personellen Kapazitäten mit der Abwicklung der geförderten Baumaßnahmen ausgelastet waren. Wird das niedersächsische Wirtschaftsministerium – auch in Anbetracht der absehbaren Steuerausfälle – das Instrument PPP als alternatives Finanzierungsinstrument aktiv unterstützen, um notwendige Investitionen auch weiterhin zu ermöglichen?

Wirtschaftsminister Bode: Es stimmt, die Konjunkturprogramme haben öffentlich-private Partnerschaften im letzten Jahr etwas in den Hintergrund treten lassen. Aber wir haben auch festgestellt, dass das Interesse in den Kommunen an PPP-Modellen immer noch groß ist. Deshalb werden wir mit unserer Informationsinitiative nach dem Krisenjahr 2009 nun einen neuen Aufschlag machen. Begonnen haben wir damit, dass wir unser PPP-Internetportal www.ppp.niedersachsen.de quasi runderneuert haben. Ab Sommer geht es mit Veranstaltungen für die niedersächsischen Städte und Gemeinden weiter. Wer noch keine Erfahrungen mit PPP-Modellen hat, kann darüber hinaus unsere kostenlose Erstberatung durch die NBank in Anspruch nehmen.

Baurundblick: Der JadeWeserPort soll nach dem bisherigen Stand der Planungen zum Jahresende 2011 fertig gestellt sein.

Wie sieht die Hinterlandanbindung auf Schienen und Straße für den Hafen in Wilhelmshaven aus?

Wirtschaftsminister Bode: Mit der A 29 erfolgt der Anschluss des JadeWeserPorts an das Autobahnnetz. Sie wird bis direkt an den Hafen verlängert. Die Baumaßnahmen sind in vollem



Forum Nord



Gang, die Freigabe des Abschnitts soll Ende 2011 erfolgen. Die Schienenanbindung wird durch den zweigleisigen Ausbau und die Elektrifizierung der Strecke Oldenburg – Wilhelmshaven sicher gestellt. Hier werden zurzeit die Planungen mit Nachdruck vorangetrieben. Wenn alles planmäßig verläuft ist die Zweigleisigkeit Ende 2012, die Elektrifizierung etwa 2 Jahre später fertig. Darüber hinaus ist es sehr erfreulich, dass wir feste Zusagen der Bahn hinsichtlich des Lärmschutzes an der Strecke haben.

Baurundblick: Die Y-Trasse soll eine schnelle Verbindung zwischen Bremen sowie Hamburg und Hannover herstellen. Die Strecke wird darüber hinaus zusätzlichen Güterverkehr zu den Nordseehäfen aufnehmen können. Es ist Ihnen gelungen, sehr geehrter Herr Minister Bode, den Beginn der Planungen sicherzustellen.

Wird Niedersachsen im Verbund mit den anderen norddeutschen Küstern den Bund und die DB AG auf Dauer bei der Stange halten könnten, wenn Projekte in Süddeutschland, wie zum Beispiel Stuttgart 21, einen erheblichen Mitteleinsatz beanspruchen?

Wirtschaftsminister Bode: Wir gehen bei dem Projekt im Schulterschluss mit Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern vor und haben gemeinsam ein Finanzierungsangebot für einen noch offenen Teil der Planungskosten gemacht. Bundesverkehrsminister Ramsauer und Finanzminister Schäuble haben sich uns gegenüber schriftlich klar zur Y-Strecke bekannt. Hinzu kommt die feste Zusage von Bahnchef Grube, jetzt unmittelbar mit den Planungen zu beginnen. Ich bin zuversichtlich, dass dieses wichtige Verkehrsinfrastrukturprojekt verwirklicht wird.

Baurundblick: Angesichts der schwierigen Finanzlage des Landes und der Kommunen wird von vielen Seiten eine finanzielle Entlastung der Gebietskörperschaften durch den verstärkten

Einsatz von ÖPP-Modellen für notwendig gehalten. Nach erfolgreicher Wirtschaftlichkeitsberechnung könnte eine Umsetzung von PPP-Modellen durch ein standardisiertes Vertragswerk erleichtert werden, wie es beim damaligen niedersächsischen Betreibermodell der Fall war.

Kann das Wirtschaftsministerium, das für das Vergaberecht zuständig ist, noch mehr zur Akzeptanz dieses wichtigen Modells leisten?



Wirtschaftsminister Bode: Standardisierte Vertragswerke können sicherlich hilfreich sein. Sie sind aber immer an den Einzelfall anzupassen und sollten nicht ‚einfach‘ übernommen werden. Für PPP- bzw. ÖPP-Modelle gibt es bundesweit bereits verschiedene Vertragsmuster. So hat die ehemalige PPP-Task-Force des Bundes beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung solche Muster für Schulbauten entwickelt. Auch das Betriebswirtschaftliche Institut der Bauindustrie stellt auf seinem PPP-Portal solche Musterverträge und entsprechende Diskussionsforen zur Verfügung. Mit „Partnerschaften Deutschland“ hat der Bund eine eigene öffentlich-private Partnerschaft gegründet, die sich ebenfalls mit Grundlagenarbeit befasst und damit zur Erleichterung in der Umsetzung von PPP-Projekten beiträgt. Im Rahmen der Bund-Länder-Zusammenarbeit bringen wir uns weiter im Interesse Niedersachsens ein. Bei den Betreibermodellen in

den 80er Jahren lag die Situation anders: es gab keinerlei Vorarbeiten, auf die man hätte zurückgreifen können.

Weitere Veränderungen im Vergaberecht sind absehbar, denn im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung steht, dass das Verfahren der öffentlichen Auftragsvergabe weiter vereinfacht und noch transparenter gestaltet werden soll. Insbesondere die Transparenz der Vergabeverfahren im Bereich unterhalb der sogenannten Schwellen für europaweite Ausschreibungen wird künftig gestärkt. Inwieweit sich hieraus vergaberechtliche Spielräume zur Förderung von PPP-Modellen ergeben, bleibt einer näheren Prüfung vorbehalten. Wir werden die weiteren Reformen im Vergaberecht auf Bund-Länder-Ebene konstruktiv begleiten.

Baurundblick: Der Winter 2009/2010 hat seinem Namen alle Ehre gemacht. Erkennbar sind auf Bundes-, Landes- und Kommunalstraßen erhebliche Straßenschäden durch Frostaufbrüche.

Wird Niedersachsen darauf mit einem Sofortprogramm reagieren, um einem Substanzverlust vorzubeugen und die Funktionalität des Straßennetzes zu erhalten?

Wirtschaftsminister Bode: Sobald der Winter vorbei ist, werden wir auf den Bundes- und Landesstraßen die Beseitigung der Straßenschäden in Angriff nehmen. Vermutlich wird uns das einen zweistelligen Millionenbetrag kosten. Zum Vergleich: ein durchschnittlicher Winter kostet uns etwa fünf bis sechs Millionen Euro. Die Gewährleistung der Verkehrssicherheit und Funktionalität unserer Straßen ist und bleibt bei allen Maßnahmen vorrangig. Sie steht für mich ganz oben an. Finanzieren werden wir die Beseitigung der Winterschäden aus den vorhandenen Budgets für die Landesstraßen. Diese wurden übrigens für 2010 bereits von den Regierungsfractionen im Landtag um 15 Millionen Euro erhöht.



Trends und Märkte

Baukonjunkturdaten Niedersachsen/Bremen								
Januar bis Dezember 2009 im Vergleich								
BEREICH	NIEDERSACHSEN				BREMEN			
Beschäftigte im Durchschnitt	Jan.-Dez. 2007	Jan.-Dez. 2008	Jan.-Dez. 2009	%-Veränd.z.Vorjahr	Jan.-Dez. 2007	Jan.-Dez. 2008	Jan.-Dez. 2009	%-Veränd.z.Vorjahr
	73.745	72.687	73.484	1,1	3.805	3.749	3.572	-4,7
Baugewerbl. Umsatz im 1.000 EUR								
Wohnungsbau	2.653.109	2.644.148	2.606.998	-1,4	68.065	113.553	88.235	-22,3
Gewerblicher Bau	3.434.599	3.929.281	3.448.112	-12,2	218.292	329.812	218.790	-33,7
Öffentlicher Hochbau	377.643	440.449	490.620	11,4	27.008	19.501	33.707	72,8
Straßenbau	966.607	1.217.088	1.232.928	1,3	75.827	82.368	84.171	2,2
Sonstiger Tiefbau	934.106	853.181	900.407	5,5	65.741	99.563	92.850	-6,7
Insgesamt	8.366.064	9.084.147	8.679.065	-4,5	454.933	644.797	517.753	-19,7
Geleistete Arbeitsstunden im 1.000 EUR								
Wohnungsbau	37.102	33.995	33.178	-2,4	999	895	788	-12,0
Gewerblicher Bau	30.294	32.163	30.295	-5,8	1.856	1.855	1.618	-12,8
Öffentlicher Hochbau	3.979	4.255	4.635	8,9	285	230	244	6,1
Straßenbau	10.118	10.558	10.458	-0,9	816	798	712	-10,8
Sonstiger Tiefbau	8.000	7.824	7.847	0,3	331	330	351	6,4
Insgesamt	89.493	88.795	86.413	-2,7	4.287	4.108	3.713	-9,6
Auftragseingänge* im 1.000 EUR								
Wohnungsbau	764.232	661.587	698.399	5,6	26.930	30.799	29.456	-4,4
Gewerblicher Bau	2.519.184	2.749.605	2.423.103	-11,9	196.434	184.764	117.076	-36,6
Öffentlicher Hochbau	274.752	329.514	377.596	14,6	16.953	24.960	16.615	-33,4
Straßenbau	726.264	989.258	1.006.124	1,7	63.364	63.650	56.556	-11,1
Sonstiger Tiefbau	933.688	727.742	708.131	-2,7	85.933	68.141	86.447	26,9
Insgesamt	5.218.120	5.457.706	5.213.353	-4,5	389.614	372.314	306.150	-17,8
Baugenehmigungen in 1.000 cbm Rauminhalt Neubau								
Wohnungsbau gesamt	7.969	7.417	8.429	13,6	526	440	529	20,2
Ein- und Zweifamilienhäuser	6.646	6.175	6.822	10,5	305	252	256	1,6
Mehrfamilienhäuser und Wohnheime	1.323	1.242	1.607	29,4	221	188	273	45,2
Nichtwohnbau gesamt	20.132	26.323	25.112	-4,6	3.343	3.167	1.100	-65,3
Anstalts-, Büro- und Verwaltungsgeb.	1.373	1.536	1.478	-3,8	363	182	287	57,7
Fabrik-, Werkstatt-, Handels- + Lagergebäude, Hotels und Gastst., sonstige davon Nachfrager:	18.759	24.787	23.634	-4,7	2.980	2.985	813	-72,8
Öffentliche Bauherren**	1.078	1.146	1.948	70,0	160	266	272	2,3
Unternehmen	18.520	24.839	22.848	-8,0	3.143	2.873	802	-72,1
Private Bauherren	534	338	316	-6,5	40	28	26	-7,1
Wohn- und Nichtwohnbau gesamt	28.101	33.740	33.541	-0,6	3.869	3.607	1.629	-54,8

* Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten
 ** inkl. Organisationen ohne Erwerbszweck

Quellen: Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen Statistisches Landesamt Bremen
 Eigene Berechnungen · Bearbeitung: Rainer Seebald

Kommunal Finanzen 2009 und 2010

(brb) - Nach einer vorläufigen Hochrechnung der kommunalen Spitzenorganisationen sind 2009 die Ausgaben der Kommunen für Baumaßnahmen trotz der Konjunkturprogramme nur um 310 Mio. Euro bzw. 1,9 Prozent gestiegen. Für das laufende Jahr wird zwar eine Zunahme von 3,4 Mrd. Euro bzw. 21,2 Prozent prognostiziert; dieses Wachstum erscheint allerdings unrealistisch.

In den ersten drei Quartalen 2009 sind ausweislich der kommunalen Kassenstatistik die Ausgaben der Gemeinden für Baumaßnahmen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 3,3 Prozent gestiegen. Trifft die Hochrechnung der drei kommunalen Spitzenverbände zu, bedeutet dies für das letzte Quartal des Vorjahres einen Rückgang bei den kommunalen Bauausgaben von 0,5 Prozent. Dies könnte be-

deuten, dass die Kommunen im Vorgriff auf die zu erwartende schwierige Haushaltslage 2010 bereits Ende des vergangenen Jahres ihre Investitionstätigkeit zurückgefahren haben.

Noch im Spätsommer des Jahres 2009 war der Deutsche Städtetag in seinem Gemeindefinanzbericht davon ausgegangen, dass im Gesamtjahr die Ausgaben für Baumaßnahmen einen Wert von 18,7 Mrd. Euro erreichen sollten; das Niveau des Jahres 2008 sollte damit um 18,8 Prozent übertroffen werden. Die (in den vergangenen Jahren immer sehr treffsichere) vorläufige Hochrechnung der kommunalen Spitzenverbände für das Haushaltsjahr 2009 belegt nun, dass die Ausgaben für Baumaßnahmen um 2,65 Mrd. Euro hinter dieser Prognose zurückgeblieben sind. Gleiches gilt auch für die Entwicklung der gesamten kommunalen Sachinvestitionen, von denen etwa drei Viertel auf Baumaßnahmen entfallen. Prognose und tatsächliche

Entwicklung im Jahr 2009 führen nun naturgemäß zu einer erheblichen Skepsis gegenüber der Prognose für das Jahr 2010, die die kommunalen Spitzenverbände am 2. Februar vorgestellt haben. Danach sollen im laufenden Jahr die kommunalen Ausgaben für Baumaßnahmen um 3,4 Mrd. Euro bzw. 21,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr zulegen. Gleichzeitig wird mit 12 Mrd. Euro das höchste kommunale Finanzierungsdefizit der Nachkriegsgeschichte befürchtet. Vor diesem Hintergrund muss wohl auch die Initiative des Bundeslandes Sachsen gesehen werden, die Zusätzlichkeit der Investitionen im Zukunftsinvestitionsprogramm (von denen 6,5 Mrd. Euro auf die Kommunen entfallen) in Frage zu stellen. Gelingt dies, dürfte die Prognose der Kommunalverbände obsolet sein.

Impressum

Druckerei Gebrüder Höltje GmbH
 Escherstraße 22, 30159 Hannover
 Telefon (05 11) 7 00 86-0
 Telefax (05 11) 7 00 86-86

Sparkasse Hannover
 Konto 547 646, BLZ 250 501 80
 Verantwortlich: Dr. Hans-Peter Sattler

Norddeutsche Landesbank
 Girozentrale
 Konto 101020 964, BLZ 250 500 00

Nachdruck, auch auszugsweise gestattet. Quellenangabe und Belegexemplare erbeten.